

WO STEHEN WIR?

Unverzichtbar

Der Wirtschafts- und Sozialrat spielt eine zentrale Rolle

„Rien ne va plus“. Meilenweit auseinander lagen die Positionen von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern Ende 2009/Anfang 2010, was die Lösungen für die Abfederung der Finanz- und Wirtschaftskrise anbelangte, die gerade aus den USA nach Europa übergeschwappt war und auch Luxemburg voll erfasst hatte.

Auch im Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) war die Diskussion „au point mort“, unmöglich, einen Konsens über das jährliche Gutachten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land zu finden. Angesichts der Blockade hatte sich der Dachverband der Arbeitgeberorganisationen, die UEL, sogar demonstrativ aus dem WSR zurückgezogen.

Man benötige eine „Denkpause“, hieß es. Später scheiterten mehrere Tripartite-Versuche hintereinander, immer mehr Stimmen wurden laut, die den Nutzen des „Conseil Economique et Social“ in Frage stellten, konnte die 1966 gegründete Institution ihre Rolle des Vermittlers zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern doch nicht mehr gerecht werden.

Die Lösung war eine radikale Änderung der Arbeitsweise und eine Fokussierung auf mittel- und langfristige Perspektiven für Wirtschaft und Gesellschaft. Bei Außer-Kraft-Setzung von Teilen des CES-Gesetzes.

Knapp fünf Jahre später hat der Wirtschafts- und Sozialrat wieder in seine Rolle als unverzichtbarer Vermittler zwischen den Interessen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern hineingefunden - dank der Bemühungen aller Parteien. Dass Regierung und Sozialpartner einen Teil des mittlerweile übers Jahr klar strukturierten Sozialdialogs innerhalb dieser Institution durchführen, hat seine Position weiter gestärkt.

Dem gestrigen Rendez-vous zur Vorbereitung des europäischen Semesters - die Implizierung des WSR in diesen Prozess wurde übrigens im vergangenen Sep-

tember von den Sozialpartnern vorgeschlagen - wird im März noch ein weiteres im Rahmen der Vorbereitung der nationalen Reform- und Stabilitätspläne folgen, die vor dem 31. April an die EU-Kommission gehen müssen. Die Treffen zwischen Regierung und Sozialpartnern im Rahmen der Budgetarbeiten und der Analyse der Lage der Beschäftigung und der sozialen Situation im Land dürften dann in der zweiten Jahreshälfte auf Schloss Senningen stattfinden.

Eine Menge zu tun bekommen hat der WSR auch durch die beiden Bipartite-Abkommen zwischen Regierung einerseits und Arbeitnehmervertretern sowie Arbeitgebervertretern andererseits. Mit den Gewerkschaften ist die Koalition überein gekommen, dass die Sozialpartner im Rahmen des WSR in die Arbeiten zur Vorbereitung der Steuerreform 2017 eingebunden werden. Die Arbeitgebersseite wünscht sich derweil eine Diskussion über die Kopplung der Lohnpolitik an die Entwicklung der Produktivität.

Hinzu kommen die im Arbeitsprogramm für 2015-2017 festgelegten sektoriellen Gutachten über Zustand und Perspektiven diverser Wirtschaftsbereiche und sicher wird der WSR, der sich noch weiter auf die „Zivilgesellschaft“ öffnen will, noch von der Regierung mit emgen weiteren Gutachten beauftragt werden und sich auch selbst mit zusätzlichen Aufgaben betrauen. In den Perimeter fallen natürlich auch Themen wie Nachhaltigkeit, Integration und Bildung - „Etudier les avis du CES, c'est étudier la société luxembourgeoise“, schrieb Gérard Trausch in seiner Studie zu Geschichte und Wesen des CES (1966-2006).

Auch sei der WSR, „le lieu privilégié des armistices sociaux“. Eine wesentliche Konsensfabrik also zugunsten des sozialen Friedens. Und der ist in schwierigen Zeiten besonders viel wert.

CLAUDE KARGER

18 - 18 - 3: WER IM WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT SITZT

39 Effektiv- und ebenso viele Ersatzmitglieder zählt der Wirtschafts- und Sozialrat. Ernannt werden sie für jeweils vier Jahre. 2017 wird der Rat wieder komplett erneuert. Präsident und Vizepräsidenten werden für jeweils zwei Jahre vom Großherzog ernannt. Am 20. Januar schlug die Vollversammlung des WSR die Staatsvertreterin Pascale Toussing als Präsidentin und Gary Kneip sowie Marco Wagener als Vize-Präsidenten für 2015-2017 vor.

Die Mitglieder sind in drei Gruppen gemäß der sozio-ökonomischen Struktur des Landes aufgeteilt. Nachfolgend die Aufteilung für die Mandatsperiode 2013-2017:

Die 18 effektiven Vertreter der Arbeitgebergruppe: Jean-Jacques Rommes (UEL), Christian Zeyen (ArcelorMittal), Robert Dennewald (Eurobéton, FEDIL), Nicolas Soisson (FEDIL), Romain Schmit (Fédération des Artisans), Norbert Geisen (Fédération des Artisans), Carlo Thill (BGL BNP Paribas, ABBL), Serge de Cillia (ABBL), Marc Hengen (ABBL), Gary Kneip (CLC), Thierry Nothum (CLC), Tom Wirion (Chambre des Métiers), Carlo Thelen (Chambre de Commerce), Werner Weyand (Institut des Réviseurs d'Entreprises), Pierre Hurt (Ordre des Architectes et des Ingénieurs-Conseils), Josiane Willems (Centrale Paysanne), Alphonse Ferber (Fraie Lëtzebuerger Baureverband), Marc Weyer (Fédération des Associations Viticoles)

Die 18 effektiven Vertreter der Arbeitnehmergruppe: Jean-Claude Bernardini (OGBL), Nico Clement (OGBL), Armand Drews (OGBL), Danièle Niele (OGBL), Carlos Pereira (OGBL), Jean-Claude Reding (OGBL), André Roeltgen (OGBL), Patrick Dury (LCGB), Marcel Goerend (LCGB), Christophe Knebler (LCGB), Francis Lomel (LCGB), Marco Wagener (Chambre des Salariés), Alain Kinn (Chambre des Salariés), Norbert Tremuth (Chambre des Salariés), Raymond Hencks (CGFP), Romain Wolff (CGFP), Marco Thomé (Fédération Générale de la Fonction communale), Georges Muller (Chambre des Fonctionnaires et Employés Publics)

Die drei effektiven Vertreter der Regierung: Serge Allegrezza (Direktor des Statec), Jean Hoffmann (Wirtschaftsberater bei der ADEM), Pascale Toussing (Direktorin der Steuerabteilung, Finanzministerium)

Quelle: Conseil Economique et Social

PRO A CONTRA

Muss auch bei den Lohnkosten und flexibleren Arbeitszeiten angesetzt werden?

Dass Luxemburg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr Wirtschaftswachstum Strukturreformen durchführen muss, ist eine Feststellung, die von allen Sozialpartnern geteilt wird. Über das Wo scheiden sich hingegen die Geister. Vor allem bei den Lohnkosten und Arbeitszeiten vertreten Arbeitgeber und Gewerkschaften völlig konträre Positionen.



MICHEL WURTH | UEL-PRÄSIDENT

Wir schaffen am meisten Arbeitsplätze im parasitären Bereich, der allerdings naturgemäß vom produzierendem Gewerbe finanziert werden muß. Damit wir auch dort wachsen und Arbeitsplätze schaffen, brauchen wir mehr Produktivität, beispielsweise durch flexiblere Arbeitszeiten und Weiterbildung. Stabile Sozialbeiträge und Betriebssteuern schaffen Vertrauen und Wettbewerbsfähigkeit. Löhne dürfen sich grundsätzlich nicht durch Inflation und Indexierung, sondern im Verhältnis mit der betrieblichen Produktivität entwickeln. Wenn nötig, muss der Staat, auch im Dialog mit den Sozialpartnern, durch Umverteilung dafür sorgen, dass jeder ein würdiges Leben führen kann.

„Löhne müssen sich an der Produktivität der Betriebe orientieren“



ANDRÉ ROELTGEN | OGBL-PRÄSIDENT

Mit Strukturreformen wie flexibleren Arbeitszeiten schaffen wir nur noch mehr prekäre Arbeit - das ist auch wirtschaftlich gesehen falsch. Und dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, muss mir noch bewiesen werden. Statt mehr Flexibilisierung müssen wir die Beschäftigung eher noch besser schützen, gegen Kündigungen beispielsweise. Löhne dürfen nicht immer nur als Kostenfaktor gesehen werden. Ohnehin kennen die Reallohne bei uns nur eine moderate Entwicklung. Wir erleben derzeit sogar, dass die Ungleichheiten wachsen und das Armutsrisiko steigt, sogar bei Vollzeitbeschäftigten.

„Löhne nicht immer nur als Kostenfaktor sehen“



Ausdauernde Generalsekretärin
Seit Mai 1973 steht Mariamne Natü-Stoffel im Dienst des WSR. 2000 löste sie den ersten Generalsekretär der Institution, Jean Moulin, ab. Kommendes Jahr wird sie in Rente gehen

Institutionalisierte Plattform des Sozialdialogs

Was der Wirtschafts- und Sozialrat macht und wofür wir ihn brauchen

LUXEMBURG
CLAUDE KARGER

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufskammern: Sie produzieren übers Jahr immens viele Informationen, Analysen, Gutachten und andere Dokumente über verschiedenste Problematiken. Die Gutachten werden natürlich vor allem immer aus einer bestimmten Sicht erstellt.

Schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg, in den 1920er Jahren wurde im Zuge der Schaffung der Berufskammern überlegt, ob es nicht Sinn machen würde, ein überberufliches Organ zu schaffen, in dem der Austausch zwischen den verschiedenen Sichtweisen direkt zwischen den Sozialpartnern möglich ist. Mit dem Ziel, Erfahrungen zusammenzubringen, um eine bessere Übersicht der Problematiken zu bekommen und gegebenenfalls gemeinsame Positionen auszuarbeiten, die dann auch die Politik stärker in Betracht ziehen müssten.

Stärke Plattform

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es mehrere Anläufe, eine solche Institution aus der Taufe zu heben. Schon 1957 sah ein erster Entwurf für eine Reform der Berufskammern die Einführung eines „Conseil Economique et Social“ vor.

Dieser sollte allerdings erst 1966 institutionalisiert werden, als beratendes Organ der „forces vives de la nation“ für die systematische Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes.



Mit Pascale Toussing (2. v. r.) wird erstmals eine Frau an die Spitze des WSR treten
Foto: CES

Hier wird also versucht, bereits zum Teil lange vor tatsächlichen Entscheidungen, mögliche Fronten zwischen Sozialpartnern zu klären und gemeinsame Analysen und Gutachten zu erarbeiten, auf die sich die politischen Kräfte dann stützen können, um Maßnahmen in die Wege zu leiten oder weitere Studien in Auftrag zu geben.

Vollversammlung mit 39 Mitgliedern

Nicht von ungefähr ist der Wirtschafts- und Sozialrat direkt dem Premierminister unterstellt und wird aus dem Haushalt des Staatsministeriums gespeist - knapp 992.000 Euro sind übrigens im Budgetgesetz 2015 für den WSR vorgesehen, der auch eine rege Zusammenarbeit mit zahlreichen ähnlich ge-

lagerten Institutionen in der EU und quasi weltweit unterhält.

Bei der Vollversammlung des WSR sitzen 39 für jeweils vier Jahre nominierte Mitglieder - es gibt ebenso viele Ersatzmitglieder - um den riesigen Tisch. 18 von ihnen vertreten die Arbeitgebergruppe, 18 die Arbeitnehmergruppe und drei hohe Beamte werden vom Regierungsrat in das Gremium entsendet.

Während der Vollversammlung wird die Herangehensweise an Gutachten und deren generelle Ausrichtung diskutiert. Dann werden spezifische Arbeitsgruppen bestimmt, die die Gutachten konkret ausarbeiten sollen. Dabei werden sie vom Sekretariat des CES unterstützt. Die fertigen Gutachten-Entwürfe werden dann im Plenum diskutiert, das dann darüber abstimmt. Mindestens zwei Drittel der Stimmen sind erforderlich, damit das Gutachten dem Premierminister zugestellt werden kann.

Das Exekutivorgan des Wirtschafts- und Sozialrats ist das „Bureau“, das sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und dem Generalsekretär zusammensetzt. Die Ämter des Präsidenten und Vizepräsidenten werden alle zwei Jahre gemäß dem Rotationsprinzip zwischen den vertretenen Gruppen neu besetzt. Die Kandidaten werden vom Großherzog ernannt.

Am 20. Januar schlug die Vollversammlung des WSR Pascale Toussing als neue Präsidentin und Gary Kneip sowie Marco Wagner als Vizepräsidenten vor. Mit der Leiterin der Steuerabteilung im Finanzministerium erhält der „Conseil Economique et Social“ erstmals eine Präsidentin. •

DIE HAUPTMISSIONEN DES CES

Begleiten und beraten

Das Reformgesetz des Wirtschafts- und Sozialrats hält unter anderem folgende Missionen für die Institution fest:

- Die Begleitung des nationalen Sozialdialogs organisieren.
- Den europäischen Sozialdialog auf nationaler Ebene begleiten.
- Die Regierung in Wirtschafts-, Sozial- und Finanzfragen beraten.
- Auf Nachfrage der Regierung Gutachten über Maßnahmen erstellen, die diese über den gesetzlichen Weg in Bereichen treffen möchte, die die Wirtschaft insgesamt oder mehrere Wirtschaftsbereiche betreffen.
- Auf Nachfrage der Regierung Gutachten über alle Fragen von öffentlichem Interesse erstellen und Konsensgutachten über Fragen erstellen, in denen sich die Berufskammern nicht einig sind.
- Sich auf Nachfrage der Regierung zur Aktualisierung der Gewichtung des Warenkorb für die Berechnung des Verbraucherpreisindex positionieren.
- Auf Nachfrage der Regierung Position zu den Beschlüssen der Tripartite beziehen.
- Der Wirtschafts- und Sozialrat kann sich auch selbst mit der Analyse von wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Themen beauftragen, die ihm wichtig erscheinen.

www.ces.public.lu



MEIL FNSTEIFE

Während der parlamentarischen Debatten über die Einsetzung von Berufskammern wird überlegt, diese in einem Wirtschafts- und Sozialrat zu versammeln

1924

Luxemburg schafft einen Wirtschaftsrat gemäß einer Empfehlung des Völkerbunds im Anschluss an die Finanz- und Wirtschaftskrise von 1929

1931

Schaffung einer „Conférence Nationale du Travail“ mit paritätisch besetzten Beschäftigungs- und Schlichtungsausschüssen

1944

Schaffung eines „Conseil de l'Economie Nationale“ um Struktur, Regelung und Organisation der Wirtschaft zu studieren

1945



„Wir machen Grundsatzarbeit“

Der scheidende WSR-Präsident Gary Kneip über die Bedeutung der Institution, die 2011 vor der Sackgasse stand

LUXEMBURG „La Maison du dialogue social permanent“ steht auf einem Plakat in einem der nüchternen Versammlungsräume des Wirtschafts- und Sozialrats auf Kirchberg. Nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise stand dieser Sozialdialog allerdings schnell auf der Kippe. Bereits 2010 gelang es den Partnern im Wirtschafts- und Sozialrat nicht mehr, sich auf ein einheitliches Gutachten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land zu einigen, das Jahr für Jahr eine der Grundlagen für die Aufstellung des Staatshaushalts bildete. Nach der gescheiterten Tripartite Ende 2011 sah der WSR sogar einer kompletten Blockade entgegen. „Es war klar, dass wir so nicht weitermachen konnten“, erinnert sich der amtierende Vorsitzende Gary Kneip. Die Arbeitsweise musste komplett umgekrempelt werden, man musste ergründen, auf welchen Themen überhaupt noch weiter gearbeitet werden konnte und wie.

Mittel- und langfristige Perspektiven ausloten
Im Abkommen über ein Aktivitätsprogramm für die Jahre 2012-2014 vom Januar 2012 wurde in diesem Sinne Folgendes festgehalten: „les thèmes abordés par d'autres enceintes consultatives tripartites ne seront plus traités par le CES excepté s'il y a une volonté clairement exprimée par les membres pour analyser tel ou tel problème sous l'angle de vue des partenaires sociaux; les thèmes d'intérêt stratégique pour le pays pouvant donner lieu à un consensus large seront abordés prioritairement“. Um das umzusetzen, musste das CES-Gesetz teilweise zwischen Klammern gesetzt werden. „Es war das, oder der Bruch zwischen den Beteiligten“, sagt Arbeitgebervertreter Kneip, „Premier Jean-Claude Juncker war suboptimal begeistert, hat das dann aber akzeptiert“. Für den scheidenden Präsidenten, der bald sein Amt an Pascale Toussing abgibt, aber Vizepräsident bleibt, hat die neue Arbeitsweise „Früchte getragen“, auch wenn es noch eine Reihe von Schwierigkeiten auszuräumen gilt.
Die Funktionsweise sei effizienter geworden; in den Arbeitsgruppen und im WSR-Exekutivbüro werde viel mehr

Vorbereitungsarbeit geleistet, die Plenarsitzungen würden kürzer und konzentrierter ausfallen.

„Das Output ist besser geworden“
„Das Output ist jedenfalls in den letzten Jahren besser geworden als im historischen Durchschnitt“, freut sich Kneip. Vier Gutachten und Positionen jährlich konnten

entspannter diskutiert und jede Seite hat daran gearbeitet, dass das möglich ist“.

Unter seinem Vorsitz wurden etwa Arbeiten an dem so genannten „BIPbien-être“ abgeschlossen, einer Batterie von Indikatoren, die über das Bruttosozialprodukt hinaus reichen, damit der tatsächliche Wohlstand im Land gemessen werden kann.

Es kam auch zu Gutachten über den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum und zur Abschaffung des super-ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Mietwohnungen. Die mittel- und langfristige Entwicklung der Branchen Industrie und Finanzen wurden aus einer Nachhaltigkeitsperspektive beleuchtet. Bald soll auch die Analyse für die Bereiche Handwerk und Handel vorliegen. Jede Wirtschaftsbranche soll auf diese Weise unter die Lupe genommen werden. Auch die Integrationspolitik war ein Thema, obwohl in diesem Bereich kein ganzheitlicher Konsens ausgearbeitet werden konnte. „Wir machen hier Grundsatzarbeit“, unterstreicht Gary Kneip.

Wichtige Plattform für den strukturierten Sozialdialog

Im Einvernehmen von Sozialpartnern und Regierung wird der WSR im Rahmen eines strukturierten Sozialdialogs eine vorrangige Rolle einnehmen. Gestern kam es in diesem Sinne zu einem Austausch über das europäische Semester, an dem ein Großteil der Regierungsmitglieder teilnahm. Die Bipartite-Abkommen zwischen den verschiedenen Sozialpartnern und der Regierung enthalten zudem eine Reihe von Missionen für den WSR, der sich beispielsweise mit der für 2017 geplanten Steuerreform befassen wird aber auch mit der von Arbeitgeberseite geforderten Untersuchung der Anbindung der Lohnpolitik an die Entwicklung der Produktivität.

Der Institution stehen demnach noch einige harte Diskussionen ins Haus. In den Augen von Gary Kneip ist es jedenfalls in den letzten Jahren gelungen, sie wieder zu einer „gefestigten Struktur mit solidem Sockel“ zu machen.

CLAUDE KARGER



Zieht ein positives Fazit der Arbeit des „Conseil Economique et Social“ in den vergangenen Jahren: Präsident Gary Kneip
Foto: Isabella Finzi

„Der WSR ist eine gefestigte Struktur mit solidem Sockel“

GARY KNEIP | Amtierender Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats

zwischen 2012 und 2014 im großen Konsens abgesegnet werden, gegenüber drei bis vier im Durchschnitt während der Zeitspanne 2000 bis 2010. Vor allem aber habe sich das Arbeitsklima verbessert. „Vorher war die Atmosphäre oft zum Zerreißen“, erinnert sich Gary Kneip. „jetzt wird viel

Schaffung einer „Commission Economique et Sociale“, die in verschiedenen Bereichen die Regierung berät. Sie arbeitet einen Text für einen permanenten und autonomen „Conseil Economique et Social“ aus

1960

Schaffung der regierungsberatenden Institution „Conseil Economique et Social“ zur systematischen Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Land

1965

Ausdehnung der im CES vertretenen Gruppen. Die Zahl der Mitglieder wächst von 29 auf 35

1985

Reform des CES. Die Zahl der Mitglieder wächst von 35 auf 39. Der CES begleitet fortan den europäischen Wirtschafts- und Sozialdialog

2004